



2.2 Das deutsch-französische Modell: Eine Erfolgsgeschichte?

Friedhelm Boll

Im europäischen Einigungsprozess wird die deutsch-französische Aussöhnung allgemein als Vorbild sowohl für das Zusammenwachsen in Europa wie auch für andere zwischenstaatliche Aussöhnungsprozesse angesehen. Doch wie tragfähig, wie vorbildhaft ist dieses Modell? Dazu die folgenden Bemerkungen zur deutsch-französischen Versöhnungsgeschichte:

Am deutsch-französischen Aussöhnungsprozess waren keineswegs nur Politiker, sondern auch große gesellschaftliche Gruppen und gerade auch Kirchenvertreter beteiligt. Diese hatten vielfach Vorreiterfunktionen inne, bevor es 1963 zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag kam. Es ist daher ange-

bracht, a) über die Bedingungen der weithin gelungenen deutsch-französischen Aussöhnung nachzudenken und b) die politische Bedeutung der christlichen Versöhnungslehre in die Untersuchung einzubeziehen.

1. In der christlich-theologischen wie in der politischen Versöhnung wird ein Zusammenhang zwischen Schuld und Versöhnung hergestellt. Der christliche Glaube zielt jedoch zunächst auf das Verhältnis Gottes zum Menschen, im politischen Versöhnungsgedanken geht es um das Verhältnis von Mensch zu Mensch. Trotz dieses Unterschieds erweist sich die konkrete Analyse politischer Versöhnungswege in wichtigen Punkten mit der christlichen Versöhnungslehre als kompatibel.

2. Zum Angebot der Versöhnung gehört das Schuld eingeständnis, seine Annahme in Form der Vergebung und ebenso der aufrichtige Versuch der Wiedergut-



NICHT DIE TÄTER HABEN ANSPRUCH
AUF VERSÖHNUNG, SONDERN
DIE OPFER GEWÄHREN SIE.

Konrad Weiß

machung. Mit der Wiedergutmachung ist auch die Annahme des Täters/Schuldbeladenen als Mensch und damit die Wiederaufnahme der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Versöhnten gemeint.

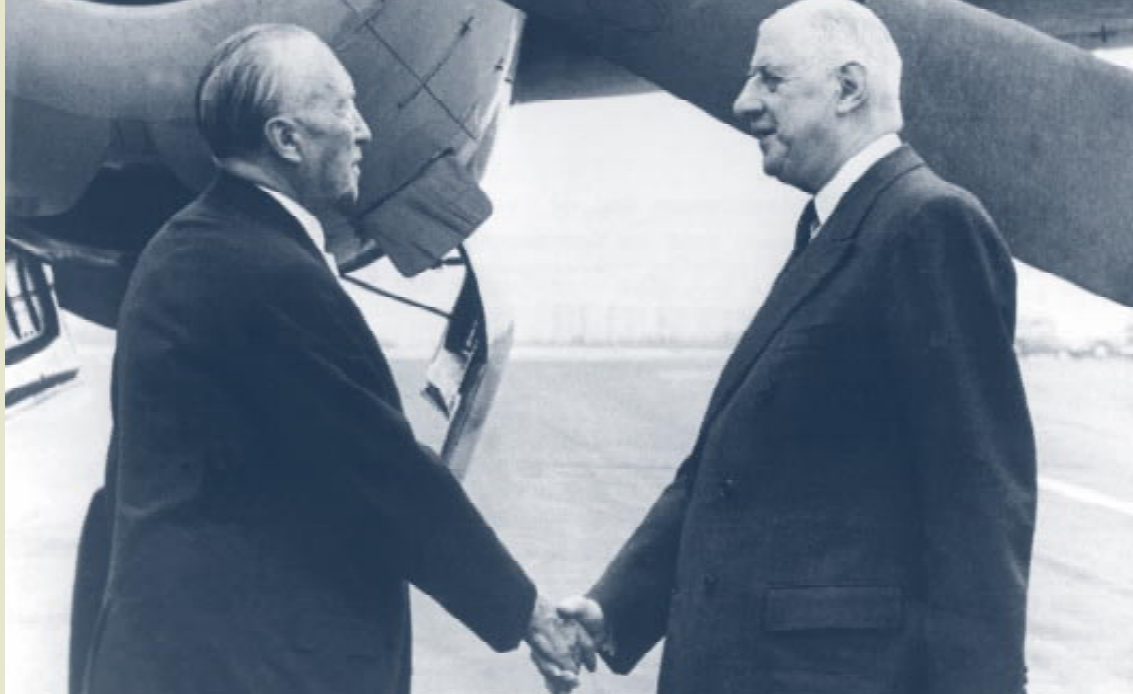
3. Zum Schuldeingeständnis: Für das deutsch-französische Verhältnis (wie für jede andere Beziehung zwischen Deutschland und anderen Staaten und Völkern) nach 1945 galt zunächst ein grundsätzliches Eingeständnis der von Deutschland ausgegangenen Schuld. Damit ist nicht die sogenannte Kollektivschuld aller Deutschen, sondern die staatliche Verursachung der Verbrechen gemeint. Die Akzeptanz der staatlichen Verantwortung war verbunden mit dem Gedanken der Bestrafung der hauptverantwortlichen Kriegsverbrecher (Nürnberger Prozesse), dem Austausch der politischen Eliten und der zeitweiligen gesellschaftlichen Ächtung der Mitläufer (so genannte Entnazifizierung) und der anschließenden Reintegration derjenigen, die keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten und die sich mit der neuen politischen Ordnung identifizierten.

4. Vergebung wurde Deutschland insofern gewährt, als es schon 1949 aufgefordert wurde, am europäischen Integrationsprozess teilzunehmen. Im Unterschied zum Friedensvertrag von Versailles (1919), in dem das kaiserliche Deutschland zum Alleinschuldigen des Ersten Weltkriegs erklärt und seine Aufnahme in den Völkerbund auf Jahre hinaus untersagt war,

wurde die Integration (West)-Deutschlands ab 1949/50 zuerst auf dem Feld der industriellen Kooperation, später auch auf dem der militärischen Kooperation (NATO-Beitritt) vollzogen. – Dieser Integrationsprozess verlief – gerade auch mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis – keineswegs problemlos: Lange Zeit stand eine Mehrheit des französischen Parlaments einer zu raschen Integration Deutschlands entgegen. Die gemeinsam geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde vom französischen Parlament abgelehnt. Auch bei den weiteren Schritten blieb der Bundesrepublik nur die zum Teil bewusst eingenommene Rolle des Juniorpartners, manchmal bis 1991 (zum Beispiel die mangelhafte Repräsentation in den Führungsstäben der NATO, die späte Aufnahme in die UN, kein Sitz im Sicherheitsrat, freiwilliger Verzicht auf Atomwaffen, Viermächtevorbehalt für Berlin).

5. Die deutsch-französische Aussöhnung gelang, weil wichtige Kreise der deutschen wie der französischen Gesellschaft an der Aussöhnung großes Interesse hatten. Dazu trugen kirchliche Kreise, insbesondere Pax Christi und ihr französischer Präsident Bischof Théas, entscheidend bei. Von überragender Bedeutung war der Umstand, dass es mit Bischof Théas ein führender Vertreter der französischen NS-Opfer war, der zur Versöhnung aufrief. Dabei ging er von der Überzeugung aus, dass auch die Täterseite letztlich Versöhnung anstrebt und damit dem Zirkel des Hasses entkommen will. Versöhnung kann nicht als einmaliger Akt begriffen werden. Sie muss als anhaltender Prozess verstanden werden, der auf Integration zielt.

6. Versöhnungsinitiativen, die von der Täterseite ausgehen und sich als einmalige Akte verstehen, sind



zum Scheitern verurteilt. In ähnlicher Weise ist das berühmte Wort der polnischen Bischöfe „Wir vergeben und wir gewähren Vergebung“ aus dem Jahre 1965 bis heute von zentraler Bedeutung geblieben. – Die Initiative von Bischof Théas wurde von vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen geteilt: Begegnung, Austausch und Partnerschaften von Studierenden, Junglehrern, Parlamentariern, Journalisten, Gewerkschaftern, Sportlern, Soldaten (z.B. gemeinsame Wallfahrten nach Dachau oder Lourdes), Städten und auch

die Revision feindlicher Geschichtsbilder in Schulbüchern sowie Treffen von ehemaligen Frontsoldaten trugen schon im ersten Nachkriegsjahrzehnt dazu bei, dass sich das Verhältnis der deutschen zu den westlichen Gesellschaften rasch verbesserte, ja vorbildlich öffnete. Man nennt dies heute die „Westernisation“ der Bundesrepublik. – Eine ganz besondere Initiative ging von Pax Christi Internationalis aus, die mit ihren internationalen Wanderungen („Routes“) den Gedanken der Versöhnung aufgriff und in den Dienst der Erinnerungspolitik stellte. Frühe „Routes“ führten zum Beispiel nach Oradour, dem zentralen Mahnmal des französischen Widerstands gegen die NS-Diktatur. Mit der Gründung des Maximilian-Kolbe-Werkes durch den deutschen Vizepräsidenten von Pax Christi, Alfons Erb, und seinen Unterstützerkreis verschrieb sich Pax Christi als eine der aktivsten Gruppierungen überhaupt der deutsch-polnischen Aussöhnung und

**STAATEN HABEN KEINE FREUNDE,
SONDERN NUR INTERESSEN.**

*Charles de Gaulle,
französischer Staatspräsident
(1890-1970)*

führte ab den frühen 1970er Jahren auch immer wieder Pilgerfahrten nach Auschwitz durch. Dass der Brief der polnischen Bischöfe mit dem Angebot der Versöhnung in Deutschland auf breite Resonanz stieß und in den 1970er Jahren den Anstoß zu einer ersten intensiven Phase der deutsch-polnischen Aussöhnung werden konnte, verdankten die polnischen Bischöfe diesen Aktivitäten von Pax Christi und dem von ihr gemeinsam mit Walter Dirks und Eugen Kogon gegründeten Bensberger Kreis.

7. Wiedergutmachung. Ein äußerst wichtiger Baustein der Versöhnung bildete die so genannte finanzielle Wiedergutmachung an den jüdischen wie an den westlichen NS-Opfern. Ohne sie wäre die europäische Integration und die Wiederaufnahme Westdeutschlands in den Kreis der zivilisierten Nationen nicht möglich gewesen. Wegen des fehlenden Friedensvertrages waren die östlichen NS-Opfer von der Wiedergutmachung bis nach 1990 ausgenommen.

8. Deutsche und französische Zielsetzungen der Aussöhnung unterschieden sich allerdings in vielfältiger Form: Während Frankreich überwiegend Schutz vor Deutschland (dem übermächtigen Nachbarn) suchte und diesen in der Form der wirtschaftlichen und militärischen Integration (unter Vormundschaft Frankreichs, der EWG beziehungsweise der USA) fand, erstrebte Deutschland den Schutz für Deutschland (vor dem Ostblock) sowie die sukzessive Wiedererlangung der politischen und gesellschaftlichen Anerkennung. Die glaubwürdige und dauerhafte Überwindung des Unrechtsregimes und die sich entwickelnde Aufarbeitung (unter anderem in Gedenkstätten) bildeten einen konstitutiven Bestandteil dieser Bestrebung um gleichberechtigte Anerkennung.

9. Eine nicht zu unterschätzende Dimension von Versöhnung machte der Zeitfaktor aus: Viele der beschriebenen Initiativen (Aufrufe von Bischof Théas, Begegnungs-, Austausch- und Partnerschaftsprogramme) wurden zwar im ersten Nachkriegsjahrhundert gegründet, erlangten aber meistens erst im dritten oder vierten Nachkriegsjahrzehnt ihre volle Wirkung und Anerkennung. Auch die Wiedergutmachung blieb lange Zeit ein großes Ärgernis, weil zunächst überwiegend ehemalige NS-Ärzte als Gutachter eingesetzt worden waren und die Bewilligungen nicht selten einem Spießrutenlaufen ähnelten. Die Aufarbeitung der Geschichte vollzog sich als ein langsamer, in Schüben vor sich gehender, Jahrzehnte anhaltender Prozess, in den die Einrichtungen von Gedenkstätten seit Ende der 50er Jahre und die Berücksichtigung der Zeitzeugen seit Ende der 70er Jahre wichtige Marksteine setzten. Erst mit der Etablierung einer regelrechten Gedenkkultur, die auch das Zeugnis der Opfer an zentraler Stelle umfasst, wurde deutlich, dass der Abbau von Hass und Verachtung erst dann gelingen kann, wenn er auch Opfer einbezieht und ihre Erinnerungen als zentrale Botschaft der Aufarbeitung betrachtet.

**VERSÖHNUNG BRAUCHT IHRE ZEIT,
OFT MEHRERE GENERATIONEN.
ALLEIN WEGEN DEM ASPEKT
DER GESCHICHTLICHEN DAUER
MÜSSEN WIR MEHR GEDULD MIT
AFRIKA HABEN.**

Karl Neise



2.3 Deutschland und Polen: Gemeinsam Lasten tragen, gemeinsam hoffen

Jörg Lürer

1945 befanden sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf dem absoluten Tiefpunkt. Polen hatte im II. Weltkrieg seit 1939 fünf Millionen Menschen verloren, davon circa drei Millionen Juden. Die deutsche Besatzungsmacht hatte Warschau völlig zerstört und das Land mit einem Netz von Konzentrations- und Vernichtungslagern überzogen.

Jede polnische Familie hatte in diesen Jahren schmerzhaft Verluste durch Zwangsarbeit, Razzien oder Konzentrationslager zu beklagen. Als Deutschland den Krieg verlor, schlug die Gewalt um. Mit dem

Zurückweichen der Wehrmacht aus Polen wurden Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung zum Schicksal von rund zehn Millionen Menschen der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten. Mehr als eine Million Menschen kamen zu Tode.

Rolle der katholischen Kirche

Nach dem Krieg lebte die Mehrheit der deutschen Katholiken in dem Bewusstsein, unschuldig, ja sogar selbst Opfer zu sein. Die Nazis, das waren die anderen. Waren nicht die Verfolgungen, die die Kirche durch die Nationalsozialisten zu erleiden hatte, ein deutliches Zeichen dafür, dass man mit diesem Regime nichts gemein hatte? Hatte man nicht schon in den zwanziger Jahren vor den Nazis gewarnt?

BEIM GENOZID IN RUANDA 1994 HABEN PRAKTISCH ALLE KIRCHEN SCHULD AUF SICH GELADEN. DIE MEISTEN KIRCHENFÜHRER HABEN SICH ENTWEDER PASSIV VERHALTEN ODER DIE MORDE SOGAR NOCH UNTERSTÜTZT. DAS WAR SCHEINBAR GANZ ÄHNLICH WIE IN DEUTSCHLAND IM ZWEITEN WELTKRIEG.

Joel Nsengiyaremye



Alles dies ist wahr, aber leider ist es nur die halbe Wahrheit. Es ist an dieser Stelle nicht der Ort, um die tragische Rolle, die die Katholische Kirche in Deutschland während der NS-Zeit gespielt hat, präzise zu beschreiben. Festzuhalten ist aber, dass die deutschen Bischöfe nicht öffentlich gegen die Diskriminierung der Juden Stellung genommen haben. Sie haben den Angriffskrieg gegen Polen und die Sowjetunion nicht verurteilt. Vielen im deutschen Katholizismus schien der Krieg gegen Polen eine gerechte nationale Sache zu sein, vom Krieg gegen die Sowjetunion ganz zu schweigen. Bei aller Distanz zum Regime blieb die Identifikation mit der eigenen Nation und ihren Vorstellungen ungebrochen. Das nationale Denken sowie die durch die Realität des Nationalsozialismus geförderten Kirchenkampfmoralitäten

haben den deutschen Katholizismus, grosso modo gesprochen, blind gemacht für die Leiden der anderen sowie für die eigene tragische Verstrickung.

JEDER KRIEG BEGINNT IN DEN KÖPFEN DER MENSCHEN.

Achille Mutombo

Nachkriegs„normalitäten“

Nach Kriegsende standen sich Polen und Deutsche unversöhnt wie nie zuvor in ihrer Geschichte gegenüber. Die Beziehungen, besser gesagt die Nichtbeziehungen, waren von den Traumata des Krieges und der Aktualität des Ost-West-Konflikts geprägt. Es war

eine Zeit des Wundenleckens und zugleich eine Zeit der gegenseitigen Vorwürfe. Der kalte Krieg erschwerte jedwedes Aufeinanderzugehen zusätzlich.

Hinzu kam eine mehr oder minder offen revan-chistische Stimmung und auf deutscher Seite, das Bewusstsein, dass mit dem Verlust der Ostgebiete ein großes Unrecht geschehen sei, das es wieder gut zu machen gelte. Die Bundesregierung stellte sich auf den völkerrechtlich begründeten Standpunkt, dass bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages durch vom gesamten deutschen Volk in freier demokrati-



scher Wahl gewählte Repräsentanten die Frage der Grenze mit Polen offen sei. Damit war die Problema-tik des Verhältnisses zu Polen mit der Frage der deut-schen Einheit verknüpft, was unter den gegebenen Verhältnissen die Erstarrungstendenzen signifikant beförderte. Die Vertreibung aus den Ostgebieten wur-de weniger in ihrem historischen Gesamtkontext be-trachtet, als vielmehr von ihrem völker- und men-schenrechtlichen Unrechtscharakter her verstanden. Die Behauptung transhistorischer Rechtstitel, so mo-ralisch begründet sie waren, konnte in dieser histo-risch verfahrenen Situation allerdings zu keiner kon-struktiven Lösung führen, musste man doch in Polen das Einklagen der Rechtstitel als die Fortsetzung nationaler Interessenpolitik mit anderen Mitteln verstehen.

Auf der kirchlichen Ebene fand die deutsch-pol-nische Konfliktkonstellation ihre Entsprechung in den Auseinandersetzungen um die Anerkennung der real existierenden Bistumsstrukturen in den polnischen Westgebieten.

Erst Mitte der sechziger Jahre entwickelten sich im katholischen Raum, nicht zuletzt inspiriert durch den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils, die ers-ten konkreten deutsch-polnischen Initiativen. 1964 fuhren zwei Delegationen der deutschen Sektion von Pax Christi und der katholischen Jugend Berlin nach Polen und besuchten dort die Gedenkstätte Auschwitz. Dieses stille Zeichen, dass Deutsche sich in Polen vor dem Leid des polnischen und jüdischen Volkes verneigten und dies ohne irgendwelche Bedingungen anerkannten, dass sie den Opfern und den Überlebenden die Ehre erwiesen, ohne von Rechtsansprüchen und dem eigenen Leiden zu sprechen, wurde in Polen verstan-den.

Briefwechsel deutscher und polnischer Bischöfe

Die polnischen Bischöfe erachteten die Zeit für reif, auf ihre deutschen Mitbürger zuzugehen und richteten gegen Ende des Jahres 1965 ein Schreiben an ihre deutschen Amtsbrüder, in dem sie anlässlich des Millenniums der Taufe Polens, das 1966 gefeiert werden sollte, nach Polen einluden. Der Brief ist zu einem Meilenstein in der deutsch-polnischen Geschichte geworden:

„Und trotz alledem, trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage, gerade aus dieser Lage heraus, hochwürdige Brüder, rufen wir Ihnen zu: versuchen Sie zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer kalter Krieg, aber der Anfang eines Dialogs, wie er heute vom Konzil und von Papst Paul VI. überall angestrebt wird.(...) In diesem christlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Dieser Brief atmet den Geist einer tiefen Humanität und ist ein großes und unverdientes Geschenk an die deutschen Katholiken gewesen. Zugleich war dieser Brief ein sehr lichter und selbstkritischer Moment der polnischen Bischöfe. Es war ein „heilendes Wort“ gegen die bestehenden Blockaden der Zeit ins Offene gesprochen. Die Reaktion der deutschen Seite wirkte weniger durch das, was sie sagte, als vielmehr durch das, was sie zu sagen vermied. Es fehlte das klare und heilende Wort zur polnischen Westgrenze.

Das Symbol für die Rückkehr Deutschlands nach Europa, fast möchte man sagen die Ikone dieser Richtungsentscheidung, ist der Kniefall von Bundeskanz-



REGIERUNGEN VERSÖHNEN SICH NICHT, SIE SCHLIESSEN VERTRÄGE, DIE DAZU BESTIMMT SIND, EINEN GERECHTEN UND GEORDNETEN FRIEDEN ZU SICHERN. ALLE BEMÜHUNGEN UM EINE RECHTLICHE FRIEDENSSICHERUNG KÖNNEN ABER NUR DANN ERFOLG HABEN, WENN DIE VÖLKER ERNSTHAFT EINE VERSÖHNUNG ANSTREBEN UND DAMIT EINE SOLIDE BASIS FÜR FRIEDLICHE BEZIEHUNGEN SCHAFFEN. IN ALLEN BEREICHEN, DIE NORMALE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN NACHBARSTAATEN AUSMACHEN, MÜSSEN UNSERE BEZIEHUNGEN ENTFALTET WERDEN.

*Bensberger Kreis,
deutsch-polnisches Memorandum, 1968*

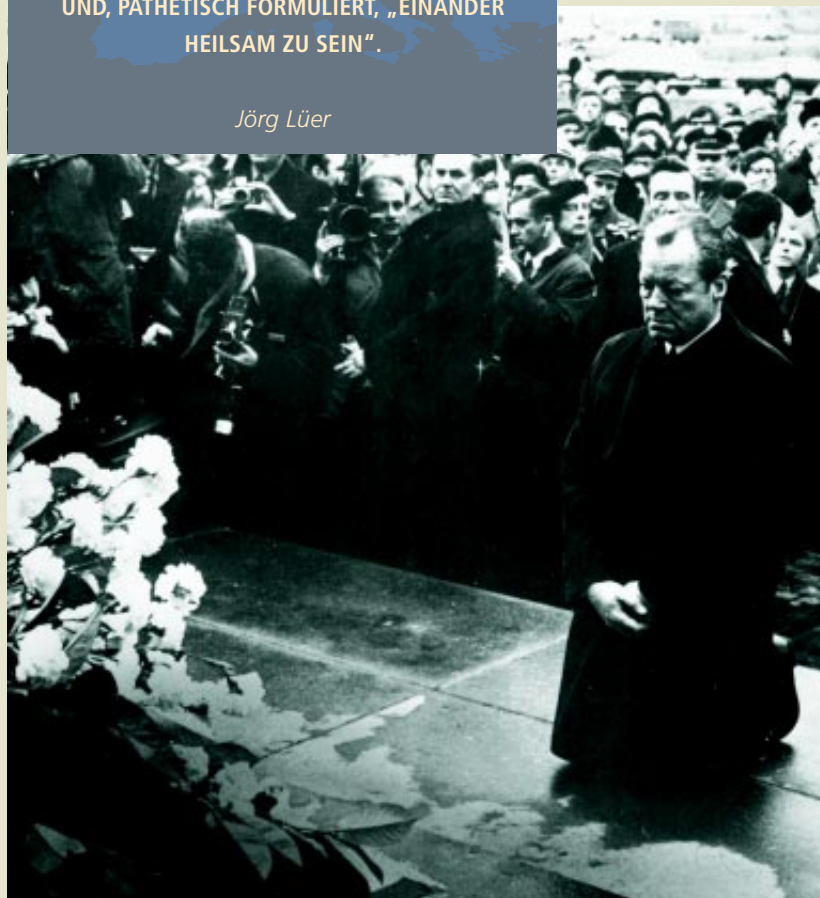
ler Willy Brandt vor dem Denkmal der Ghettokämpfer in Warschau. Das Bild des knienden Bundeskanzlers verdeutlicht den Inhalt des Paradigmenwechsels. Die bundesdeutsche Gesellschaft erkannte die Leiden des polnischen Volkes und damit auch die eigene Schuld an und öffnete sich für die Perspektive der Anderen.

Die Annäherung an Polen ging mit einem wichtigen Demokratisierungsschub in der Bundesrepublik einher. Die Entschärfung des Feindbildes Deutschland unterstützte auf der anderen Seite auch in Polen die demokratische Entwicklung, schwächte sie doch die Legitimation der sowjetischen „Schutzmacht“.

Die siebziger und achtziger Jahre waren mit – einer Unterbrechung in der Zeit der Streiks der unabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarno – von den Mühen des Alltags geprägt. Auf die Zeit der großen Gesten im Umfeld der Warschauer Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Normalisierung ihrer Beziehungen im Jahr 1970 folgte eine relativ unspektakuläre Zeit der Annäherung, Begegnung und Normalisierung. Die eigentliche Zeit der Versöhnung begann. In dem Prozess der Versöhnung spielten Begegnungen, speziell Jugendbegegnungen, Arbeitseinsätze von Deutschen in Auschwitz, die Einrichtung einer gemeinsamen Schulbuchkommission, die Errichtung von Hilfswerken für Überlebende deutscher Konzentrationslager eine große Rolle. Gerade die zähe, kontinuierliche und geduldige Arbeit von kleinen Gruppen trug langsam zur Annäherung bei.

IN DIESEN TREFFEN, IN DENEN DEUTSCHE WODKA TRINKEN LERNTEN UND POLEN FESTSTELLTEN, DASS AUCH DEUTSCHE HUMOR HABEN, WURDE LANGSAM EIN GEHÖR, EIN GESPÜR FÜR DIE LEIDEN, SORGEN UND NÖTE DER ANDEREN ENTWICKELT ... DER PROZESS DER BEGEGNUNG UND ANNÄHERUNG ERMÖGLICHTE ES DEN TÄTERN WIE DEN OPFERN BZW. IHREN NACHKOMMEN, AUS IHREN ROLLEN HERAUSZUTRETEN UND, PATHETISCH FORMULIERT, „EINANDER HEILSAM ZU SEIN“.

Jörg Lürer



Mit dem Abschluss der Warschauer Verträge wurde auch auf der kirchlichen Ebene der Dialog verstärkt aufgenommen. Die Neuordnung der Bistümer im ehemaligen deutschen Osten, dem heutigen polnischen Westen, wurde vollzogen. Die Bischofskonferenzen begannen sich gegenseitig zu besuchen. Der schwierige und schmerzhaft Dialog wurde trotz aller Hindernisse kontinuierlich und im Vertrauen auf Annäherung fortgeführt.

Die Früchte des Prozesses zeigten sich zuletzt im gemeinsamen Wort der deutschen und polnischen Bischöfe aus Anlass des dreißigsten Jahrestages des Briefwechsels von 1965.

Bausteine des Versöhnungsprozesses

- Mut zum Schuldbekenntnis
- Solidarität mit den Überlebenden
- Achtung vor den Opfern
- Kontinuität in den Begegnungen
- Geduld in schwierigen Gesprächen
- Praktische Solidarität im Alltag
- Entwicklung einer konkreten politischen Vision
- Mut zur Erinnerung

Die zwei Zeitachsen von Versöhnung

Karl-Heinz Koppe

Versöhnung kann nur auf zwei Zeitachsen stattfinden: Erinnerung und Perspektive. Ohne Erinnerung gibt es keine Versöhnung, anderenfalls wird Versöhnung zu einem bloßen Wegdrücken schrecklicher Lasten der Vergangenheit. Aber auch ohne Perspektive bleibt Versöhnung ein unverbindliches Lippenbekenntnis.

Auf den Fall der polnisch-deutschen Versöhnung angewandt, bedeutete das damals (und leider ist das teilweise auch heute noch nicht ausgestanden!) die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze, und zwar seitens beider damals noch bestehender deutscher Teilstaaten.

Ausgangspunkt für die Versöhnungsarbeit des Bensberger Kreises (BK), einer Gruppe reformorientierter Katholiken, darunter mehrere Mitglieder, die selbst aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten, war das II. Vatikanische Konzil, das zu eben solchen Versöhnungsgesten aufrief. Konkreter Anlass war ein vom polnischen Episkopat an die deutschen Bischöfe gerichtetes Versöhnungsschreiben, das die deutschen Bischöfe nur unzureichend beantworteten. Der BK war aus Pax Christi hervorgegangen, das zu dieser Zeit noch nicht politisch tätig wurde. Aus diesen Überlegungen entstand ein ‚Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen‘ (1968), die erste von einer Gruppe kollektiv ausgesprochene Forderung auf Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.



Natürlich hatte es schon immer individuelle Erklärungen zu dieser Frage gegeben, und auch die evangelische Denkschrift, die einige Zeit zuvor erschienen war, deutete in diese Richtung, wagte aber nicht den entscheidenden Schritt – eben die Forderung auf Anerkennung der Grenze – zu tun.

Das Echo auf das Bensberger Memorandum überstieg alle Erwartungen, und zwar überwiegend positiv in der Bundesrepublik und in Polen. Die kleinen katholischen Gruppen in Polen und auch der dortige Episkopat konnten sich damit gegenüber ihrer Regierung neue, wenn auch weiterhin nur kleine Spielräume erkämpfen. In der Sozialdemokratischen

Partei Deutschland (SPD) war das positive Echo Ermutigung zu weiteren Schritten in der Ostpolitik.

Als die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken diese positive Entwicklung spürten, begannen auch sie ihre Zurückhaltung gegenüber dieser Frage allmählich aufzugeben, bis zu einem Punkt, an dem sie für sich selbst diese Versöhnungsarbeit reklamierten und jeden Hinweis an den Bensberger Kreis regelrecht tilgten. Als Bensberger – ich war erster Sprecher des Kreises zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Memorandums – nötigt mir das ein trauriges Lächeln ab, denn entscheidend war der Erfolg unserer Versöhnungsarbeit.

2.4 Mosambik: Der Erfolg der „italienischen Formel“

Dieter Wenderlein

Am 4.10.1992, nach 15 Jahren Bürgerkrieg, unterschrieben der Präsident von Mosambik, Joaquim Chissano, und der Anführer der Guerilla, Alfonso Dhlakama in Rom die bis heute wirksame Friedensvereinbarung für Mosambik. Die vorausgegangenen Friedensverhandlungen wurden von der Gemeinschaft Sant'Egidio geführt und dauerten zwei Jahre.

Sant'Egidio ist eine nach dem II. Vatikanischen Konzil gegründete internationale katholische Laienvereinigung. Sie hat heute weltweit 40.000 Mitglieder in 60 Ländern. Die im Jahr 1968 entstandene Gemeinschaft setzt sich vor allem für die Armen weltweit ein. Seit den frühen 80er Jahren leistete Sant'Egidio in Regionen wie Äthiopien, Eritrea, Rumänien, Albanien, El Salvador, Vietnam, Libanon, Armenien und Mosambik Entwicklungs- und Katastrophenhilfe.

Das Interesse der Gemeinschaft Sant'Egidio für Mosambik geht auf die Zeit gleich nach der Unabhängigkeit des Landes 1975 zurück. Bereits 1976 fand das erste Treffen zwischen dem jungen Bischof von Beira, Jaime Gonçalves, und Sant'Egidio statt, in dem der Bischof die Gemeinschaft um Hilfe bat. Seit dieser Zeit leistet Sant'Egidio kontinuierlich Entwicklungshilfe. Durch die Hilfen konnte im Lauf der Jahre ein Netz von Freundschaften und Beziehungen in Politik und Kirche aufgebaut werden; Sant'Egidio galt als ein engagierter und verlässlicher Freund Mosambiks. Bei der Gemeinschaft reifte die Erkenntnis, dass eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse für die arme Bevölkerung nicht zu erreichen war, wenn man nicht zuerst das grundlegende Problem des Friedens anging. Ohne den Frieden war alles verloren, mit dem Frieden wurde alles möglich.

Der Frieden in Mosambik ist oft auf das Ende des Kalten Krieges zurückgeführt worden. Genannt werden die politische Entwicklung in Südafrika, der Friedensprozess in Angola sowie die zunehmende Ausbreitung liberaldemokratischer politischer Systeme in der Region. Ein solcher Zusammenhang zwischen der internationalen Entspannung und der Mäßigung der kriegesischen Ambitionen der Kriegsparteien ist nicht auszuschließen. Falsch ist jedoch die Annahme, es habe sich um einen reinen Stellvertreterkrieg gehandelt.

Auch der Einfluss des Apartheid-Regimes in Südafrika und seines Zusammenbruchs sind oft überschätzt worden. Die Rolle Südafrikas im mosambikanischen Bürgerkrieg war komplex, doch insgesamt hatte sich Südafrika in den Jahren immer mehr zurückgezogen. Die RENAMO, die lange als Marionette





**AFRIKA DARF NICHT GLOBAL
BEHANDELT WERDEN, DENN JEDER
KONFLIKT IN DEN EINZELNEN
LÄNDERN HAT INDIVIDUELLE
URSACHEN.**

Jonas Koudissa

Südafrikas galt, war spätestens seit Mitte der 80er Jahre weitgehend autark. Der Krieg konnte also durchaus ohne Südafrika weitergeführt werden.

Ein lokaler Konflikt wie in Mosambik ließ sich nicht durch eine Veränderung internationaler Gegebenheiten beenden. Der Krieg war zum Dauerzustand geworden, auf den die traditionelle Diplomatie kaum Einfluss nehmen konnte.

Die Zeit vor den Verhandlungen

Die Gemeinschaft Sant'Egidio versuchte, als sie in den 80er Jahren überlegte, was für den Frieden getan werden könne, die Kriegsparteien und vor allem die inneren Gründe für den Konflikt zu verstehen.

Die FRELIMO war leicht zu verstehen: Sie war eine marxistische Partei, die vor der Unabhängigkeit den Befreiungskampf geführt hatte. Dagegen war die RENAMO, die Guerilla, sehr undurchsichtig; nirgends war ein politisches Programm zu entdecken. Es gab kaum Auslandskontakte, außer nach Südafrika und Rhodesien nur nach Deutschland – nach Bayern.

In geduldiger, jahrelanger und systematischer Arbeit wurden Beziehungen zu beiden Parteien aufgebaut. Einer der ersten Schritte war, Erleichterungen für die bedrängte katholische Kirche in Mosambik zu erreichen. Sant'Egidio vermittelte einen Kontakt zwischen dem Generalsekretär der italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer, der den „historischen Kompromiss“ zwischen Kommunisten und Katholiken in Italien vorgeschlagen hatte, und der FRELIMO. Der Einsatz von Berlinguer und der italienischen Kommunisten für Religionsfreiheit in Mosambik (ab 1982) führte zu einer gewissen Entspannung zwischen Staat



und Kirche (ab Ende 1984), vor allem aber wurde die FRELIMO in einen Dialog eingebunden und fasste Vertrauen.

Ein weiterer Schritt war, einen Kontakt mit der geheimnisvollen RENAMO aufzubauen. Über viele Umwege wurde es möglich, dass Bischof Jaime zum Stützpunkt der RENAMO im Busch Mittelmalsambiks reisen konnte (Ende Mai 1988). Darauf wurde der RENAMO-Führer Dhlakama nach Rom eingeladen. In den folgenden Monaten verstand die RENAMO immer besser, dass sie nicht nach den üblichen Klischees (wie „schwarze Khmer“) oder den propagandistischen Äußerungen der Regierung in Maputo („bewaffnete Banditen“) betrachtet wurde.

Zwischen 1989 und 1990 entschied die RENAMO, sich auf die politische Ebene zu begeben; gleichzeitig wurde sich die FRELIMO der Unmöglichkeit eines militärischen Sieges bewusst. Nun musste eine

Möglichkeit gefunden werden, dass die beiden Parteien miteinander sprachen.

Die Gespräche in Rom

Am 8. Juli 1990 fand die erste Begegnung in Rom in den Räumen von Sant'Egidio statt. Vier Personen führten die Bürgerkriegsparteien zum Frieden: Andrea Riccardi und Matteo Zuppi von der Gemeinschaft Sant'Egidio, der Mosambikaner Jaime Gonçalves, Erzbischof von Beira, sowie der italienische Abgeordnete Mario Raffaeli.

Man musste auf die kriegsbestimmenden Faktoren einwirken. Dies war an erster Stelle der Hass zwischen den Bürgerkriegsparteien. In der ersten Begegnung schlug Andrea Riccardi als Regel für die Verhandlungen das Arbeitsmotto von Johannes XXIII vor: „Bemühen wir uns, das zu suchen, was verbindet, nicht

**WIE SOLLEN WIR GEMEINSAM
ÜBER AFRIKA REDEN, WENN WIR
NICHT MITEINANDER REDEN
KÖNNEN?**

Jonas Koudissa



das, was entzweit“. So wurde der Rahmen für die Verhandlungen gesucht, der von beiden Parteien geteilt werden konnte: Mit Mühe erkannte man sich als „mosambikanische Brüder, Teil derselben großen Familie“. Die Gespräche durften nicht zu einem Tribunal werden, bei dem einer der Parteien der Prozess gemacht wurde.

Neben unzähligen konkreten Details mussten in den folgenden Monaten die grundlegenden Probleme geklärt werden: Die RENAMO hatte die FRELIMO als Regierung des Landes anzuerkennen und nicht mehr nur als Partei zu betrachten, die die Macht an sich gerissen hatte. Im Gegenzug musste die FRELIMO die RENAMO als Oppositionspartei anerkennen und nicht mehr nur als „bandidos armados“. Der RENAMO gelang es, sich während der Verhandlungen von einer rein militärisch geprägten Guerilla zu einer politischen Partei zu wandeln.

Die „italienische Formel“

Von einigen Seiten wurden die lange Dauer und die zu langsamen Fortschritte der Gespräche in Rom kritisiert (vor allem von Portugal), während derer ja das Sterben in Mosambik weiterging. Doch die 27 Monate der Verhandlungen waren nötig, um den Hass abzubauen und wichtige Punkte wie das Protokoll über „Gründung und Zulassung politischer Parteien“, ein Wahlgesetz, Probleme der Verfassung, militärische Fragen und vieles mehr zu klären.

**LÖSUNGEN FÜR KONFLIKTE SIND
IMMER DER WAHRHEIT VERPFLICHTET.**

Joel Nsengiyaremye

Die Verhandlungen waren eher untypisch, vor allem wegen der außergewöhnlichen Zusammensetzung der Vermittlertruppe. Diese schuf die geeignete Atmosphäre für die Gespräche, ein menschliches Klima zwischen den Parteien. Die langwierige Vermittlungsarbeit forderte ein hohes Maß an Geduld und Ausdauer; gerade in Momenten, in denen die Verhandlungen zu scheitern drohten, musste der Dialog wieder angeregt werden. Die Vermittler nötigten den mosambikanischen Parteien keine Dokumente, Lösungen oder Fristen ab, sondern unterstützten sie im Dialog, bauten das gegenseitige Misstrauen und den Hass ab und schufen Möglichkeiten der Zusammenarbeit (im Unterschied zum damaligen Friedensprozess in Angola, der in gewisser Hinsicht aktiv von den Vermittlern geleitet wurde und am Ende scheiterte).

Der damalige UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali bezeichnete das Konzept von Sant'Egidio als

„italienische Formel“, als eine „Mischung aus Regierungs- und Nichtregierungsaktivitäten für den Frieden, die in ihrer Weise einzigartig ist, eine Mischung aus Flexibilität und dem Verzicht auf große Formalitäten, dem Nutzen von Kontakten zu allen Kräften, die zu einer Lösung beitragen können. Der Respekt für die am Konflikt beteiligten Parteien, für die, die vor Ort in den Konflikt verwickelt sind, ist ein grundlegender Faktor für den Erfolg dieser Arbeit.“

Die italienische Formel

- Hohes Maß an Geduld und Ausdauer
- Menschliches Klima zwischen den Parteien
- Hassabbau durch Dialog
- Mischung aus Regierungs- und Nichtregierungsaktivitäten





2.5 Europäisch-afrikanischer Dialog: Das Detmolder Bekenntnis

Maria Beineke-Koch

Das Detmolder Bekenntnis ist vor dem Hintergrund des Genozids 1994 in Ruanda entstanden, bei dem innerhalb von rund drei Monaten rund eine Million der so genannten ethnischen Tutsi und oppositionelle ethnische Hutus auf bestialische Weise ermordet wurden. Es ist das Ergebnis einer Begegnung, die 1996 in der deutschen Stadt Detmold zwischen Hutu und Tutsi aus Ruanda und Europäern statt gefunden hat. In dem Bekenntnis gestehen alle Beteiligten ihre Schuld beim Völkermord ein und bitten um Vergebung.

„Am Anfang stand ein Traum“

Dr. Fulgence Rubayisa, ein ruandischer Arzt, der zur Zeit des Genozids in Europe weilt, möchte einen Weg der Versöhnung anstoßen. Mit Hilfe der sich bildenden ökumenischen Ruanda-Arbeitsgruppe Detmold-Hidessen macht er ab Dezember 1994 Ruander beider Ethnien und unterschiedlicher Konfessionen im europäischen Exil ausfindig und lädt sie zu gemeinsamem Gespräch und Gebet ein in das Institut St. Bonifatius, auf dem Kupferberg bei Detmold. Das scheint nach dem Genozid ein fast undenkbares Vorhaben, da selbst unter Christen großes Misstrauen herrscht.

Doch im Mai 1995 kommt es zu einem ersten Treffen von 14 Exil-Ruandern beider Ethnien und verschiedener Konfessionen, die ihre Angst und ihr Miss-

**AUCH DEUTSCHLAND UND
FRANKREICH KÖNNEN ETWAS VON
AFRIKA LERNEN.**

Muepu Muamba

trauen überwinden. Das Treffen stößt einen Dialog an, der seinen ersten schriftlichen Ausdruck in einem Brief „An alle Ruander“ findet.

Der Brief fordert dazu auf, Gott und einander um Vergebung zu bitten, Vergebung zu gewähren und auf Vergeltung zu verzichten. Der begonnene Dialog wird – mit viel organisatorischer Unterstützung und spiritueller Begleitung durch die Arbeitsgruppe – weitergeführt. Im Dezember 1996 kommt es zu einem zweiten Treffen im Institut St. Bonifatius mit 24 Teilnehmern, diesmal auch aus Ruanda und mit Beteiligung von Europäern, die in Ruanda gearbeitet haben.

Unter anderem nehmen der katholische Laien-theologe Laurien Ntezimana und Modeste Mungwarareba, der damalige Sekretär der katholischen Ruandischen Bischofskonferenz, teil. Dieses Treffen ist geprägt von großer Offenheit und ermöglicht einen echten Dialog. Das ‚Bekenntnis von Detmold‘ entsteht.

Das Detmolder Bekenntnis ist ein beeindruckendes Zeugnis der Bereitschaft zur Versöhnung. Hutu, Tutsi und Europäer benennen in je eigenen Schuldbekennnissen die eigene Verstrickung in den Konflikt, bekennen voreinander diese Schuld und bitten einander um Vergebung.

**WIR HABEN SCHON REICHLICH EUROPÄISCHE
ERFAHRUNG MIT DER KOLONIALISIERUNG.**

Muepu Muamba

Die Teilnehmer handeln stellvertretend für alle Menschen in Ruanda und verstehen ihr Bekenntnis als einen Weg, der die Wunden der Menschen in Ruanda heilen und das Land wieder aufbauen kann. Was die Teilnehmer bei ihrem Treffen auf dem Kupferberg erlebt haben, hat Modeste Mungwarareba in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises von Pax Christi Internationalis im Dezember 1998 wie folgt beschrieben:

Als wir aus dieser Grausamkeit auftauchten, fühlten wir uns hilflos und völlig aus dem Gleichgewicht. Wir waren noch eingemauert in unserer Trauer und Niedergeschlagenheit vor dem, was unsere Familien erlitten hatten ... Wir waren alle erschüttert ... wir hatten entsetzliche Momente erlebt ... wir mussten zuerst den Frieden in uns selbst wieder finden ... Unser Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung musste in diese Richtung gehen. Es gibt keinen Frieden und keine Versöhnung, wenn die Herzen vorher nicht zur Ruhe gekommen sind ...

Unsere erste Bemühung war die Schaffung von Räumen, wo diese Gefühle ausgedrückt werden konnten. Diese geschützten Räume, wo der Schmerz benannt werden darf, begünstigen das Hören aufeinander. Sie ermöglichen, den Schmerz des Gegenübers wahrzunehmen, in dem man sonst nur den Feind sieht. So kann gegenseitiges Mitleiden erfahren werden, eine Basis für Versöhnung.

Modeste Mungwarareba
über die Situation nach dem Völkermord

Nach Veröffentlichung des Textes verbreitet sich das Detmolder Bekenntnis in Ruanda und unter den Exil- Ruandern in Europa, viele Reaktionen und harte Auseinandersetzungen folgen, vielen Menschen geht der Text zu weit und ihnen wird zu schnell von Vergebung gesprochen.

Im August 1999 treffen sich die Unterzeichner in Ruanda, um mit der ruandischen Gesellschaft in einen Dialog bezüglich des Bekenntnisses zu treten. Es finden Begegnungen mit vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, Besuche in Gefängnissen statt, in denen sie Fragen über das Bekenntnis beantworten. Zudem wird Kontakt mit der nationalen Versöhnungskonferenz aufgenommen.

Auf dieser Reise umschreiben die Unterzeichner den Geist des Bekenntnisses in drei Schritten.

Geist des Detmolder Bekenntnisses:

- Den Schmerz des anderen hören
- Den eigenen Schmerz ausdrücken
- Den Platz zwischen den Stühlen einnehmen – ‚standing in the gap‘

Weiterarbeit im Sinne des Bekenntnisses in Ruanda und unter Exil-Ruandern – vor allem auch durch Laurien Ntezimana, der die Bemühungen in Ruanda koordiniert. Im Oktober 2000 nehmen drei Unterzeichner (ein Hutu, ein Tutsi, ein Europäer), an der nationalen Versöhnungskonferenz in Ruanda teil.



2001 wird ein kleines Büro des *Detmolder Bekenntnisses* in der ruandischen Hauptstadt Kigali eingerichtet und es werden Friedensseminare mit Exil-Ruandern in Belgien durchgeführt. Nicolas Hitimana, ein Unterzeichner des Bekenntnisses, kehrt mit seiner Familie nach Ruanda zurück. Dort verbindet er landwirtschaftliche Entwicklung und Friedensarbeit. Die Arbeit, insbesondere von Laurien Ntezimana, erregt politisch Anstoß und bleibt weiter gefährdet.

Die Zusammenarbeit der Unterzeichner und der Arbeitsgruppe in Detmold hat einen europäisch-afrikanischen Dialog ermöglicht. Neben der organisatorischen und ideellen Unterstützung hat sich für die „Detmolder“ ein eigener Arbeitsschwerpunkt entwickelt: angestoßen durch die Erfahrungen der Ruander, das Detmolder Bekenntnis als ein Modell der Konfliktbewältigung verstehen zu lernen.

Die Gruppe hat begonnen, die Impulse, die sie durch die Zusammenarbeit mit den Ruandern gewonnen hat, auch für die Lebensverhältnisse in Deutschland umzusetzen. Es wurde eine Pantomime entwickelt zu den drei Schritten der Versöhnung „Zwischen den Stühlen sitzen – Schritte aufeinander zu“. Die Pantomime war wesentlicher Bestandteil in Gottesdien-

sten zum Thema „Versöhnung“, bei Veranstaltungen im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt und in vielen Gruppen, mit denen wir zum Thema Versöhnung gearbeitet haben, wie zum Beispiel mit Senioren, die die Erfahrung der Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten gemacht haben.

Das Detmolder Bekenntnis – ein Modell der Konfliktbewältigung, sowohl für Europa wie für Afrika – ist auf dem christlichen Hintergrund entstanden und nur so zu verstehen und nachzuvollziehen. Es wird gespeist von der Vision der Geschwisterlichkeit der Kinder des einen Gottes – möglicherweise ein Ansatz, um verloren gegangene Einheit wieder aufzubauen.

Die Schritte, die das Entstehen des Bekenntnisses beschreiben, setzen neutrale Räume voraus, in denen ein Dialog möglich und die Kultur des Schweigens aufgebrochen wird. Bevor neue Harmonie wachsen kann, ist es notwendig, sich der Wahrheit zu stellen und die Opfer zu Wort kommen zu lassen, ein Prozess, der Zeit braucht und schmerzhaft ist, ein Prozess, der heilsam wirkt, wie so manche Berichte von Friedensseminaren zeigen, ein anspruchsvoller Prozess, auf den viele Menschen – auch in Ruanda – sich nicht einlassen konnten und können.

**ERINNERUNG IST SEHR WICHTIG
FÜR DIE VERSÖHNUNG. ES IST
ABER GENAUSO WICHTIG,
ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN ZU
ENTWERFEN.**

Clémentine Nkongolo

3

Die Rolle der Wirtschaft

3.1 Montanunion und europäischer Vereinigungsprozess

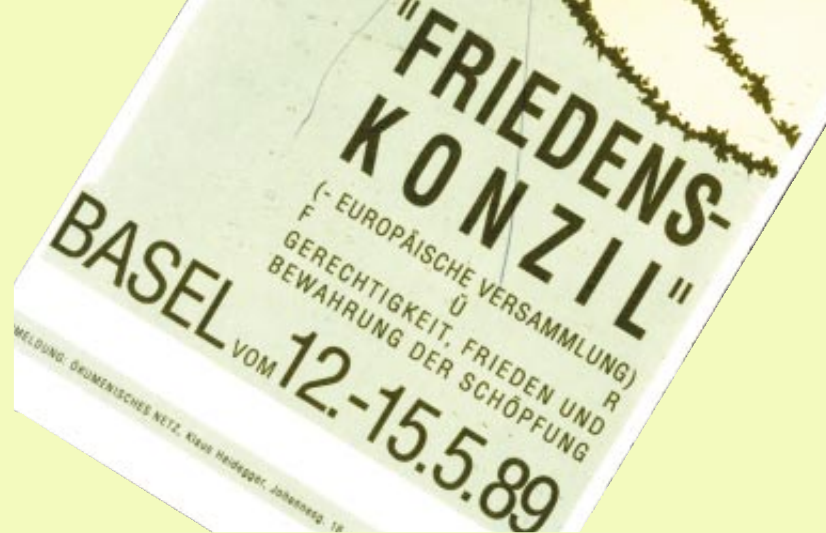
Jost Dülffer

Die westeuropäische Integration, gefördert durch die 1951 entstandene Montanunion, ist eine beachtliche und noch nie dagewesene Erfolgsgeschichte.

Europa war wenige Jahre nach 1945 in einen Osten und einen Westen geteilt. Der alliierte Sieg über das Deutsche Reich mit seinem rassenideologischen Vernichtungskrieg hatte die Hauptsiegermächte sehr schnell militärisch in die Mitte Deutschlands und Europas gebracht – und da blieben sie auch in einer Konfliktgemeinschaft mehr oder weniger erwünscht bis zur Wende um 1990. Im Ost-West-Konflikt beeinflussten sich beide Seiten wechselseitig, sie behaupteten sich zwar auch positiv, aber vor allem negativ in Abgrenzung von der jeweils anderen Seite.

Europäische Erfolgsgeschichte

Dabei soll nicht vergessen werden, dass der erste Schritt zur Europäischen Union ein Staatsvertrag über die Vermarktung von Kohle und Stahl war. Von den sechs Staaten der Montanunion von 1951 und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1958 – Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Belgien, Nieder-



lande, Luxemburg – über die erste Erweiterung der dann Europäische Gemeinschaft genannten Verbindung um Großbritannien, Irland und Dänemark 1973 führte ein verschlungener Weg. Aus den neun wurden mit Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1985 dann zwölf und 1995 durch den Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs vorerst 15 Staaten, die sich alle kurz- oder langfristig an den bisher erreichten Standard der Regelungen anpassten, aber auch etwas Neues einbrachten, die Union selbst veränderten.

OFFEN BLEIBT DIE FRAGE, OB DIE TRADITIONELLE KULTUR DER VERSÖHNUNG IN AFRIKA SICH AUF DIE JETZIGEN ZWISCHENSTAATLICHEN KONFLIKTE ÜBERTRAGEN LÄSST, INSBESONDERE WENN WIR DAS BEISPIEL DES KRIEGES IM KONGO HERANZIEHEN, DER JA NICHT NUR EIN KONFLIKT ZWISCHEN AFRIKANERN (KONGO-RUANDA, KONGO-UGANDA) IST, SONDERN IN DEN AUCH INTERNATIONALE WIRTSCHAFTLICHE UND MACHTPOLITISCHE INTERESSEN INVOLVIERT SIND.

Jonas Koudissa

Kooperation auf supranationaler Basis

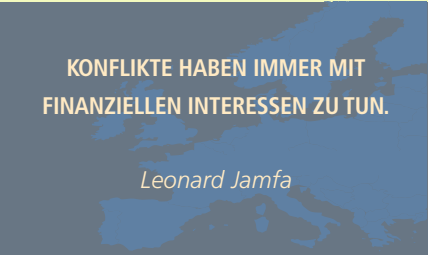
Der vom französischen Industriemanager Jean Monnet für den französischen Außenminister Robert Schuman seit Anfang 1950 erarbeitete Plan einer Vergemeinschaftung der Produktion von Kohle und Stahl erging in dem Moment, als die westdeutsche Stahlproduktion die französische zu überholen drohte. Das hing mit der vor allem von den US-Amerikanern und Briten erkannten Notwendigkeit zusammen, dass (West-)Deutschland seine Reparationsverpflichtungen und seinen eigenen Aufbau nach den Kriegszerstörungen nur schaffen könne, wenn es entsprechend Werte und Waren produzierte, die auf dem deutschen und internationalen Markt verkauft werden konnten. Diesem unwiderstehlichen Sog, der zu neuen nationalen Rivalitäten gerade von Franzosen und Deutschen führen konnte, suchte der Schuman-Plan durch eine Kooperation auf supranationaler Basis zu begegnen.

Der Grundgedanke der Montanunion hieß also: organisatorische Einbindung schafft wirtschaftliche Kooperation; an die Stelle nationaler Verantwortung für diese Sektoren der Schwerindustrie sollte eine supranationale Kontrolle treten. Das musste auf andere Weise die französische strukturelle Unterlegenheit kompensieren und die französische politische Kontrolle über die Bundesrepublik durch die Hohe Behörde, an deren Spitze Jean Monnet trat, erleichtern.

Die norwegische Bevölkerung lehnte mehrfach einen Beitritt des Landes zur EU ab, und auch die Schweiz sah bislang keinen Anlass, um Aufnahme in eine europäische Union nachzusuchen. Auch das ist Europa und bildet einen Teil europäischer Traditionen.

Wechselwirkungen nationaler und kultureller Vielfalt

Geforderte und erwartete Anpassungsleistungen bringen Verwerfungen mit sich – bei den alten wie den neuen Staaten. Und das wiederum führt zu Widerständen, Selbstbehauptungsversuchen und neuer, auch nationalegoistischer Politik. Der Widerstand gegen imaginierte oder reale Steuerungsorgane eines Kerns von Großmächten zeigt in die gleiche Richtung: Die Integration nach den Regeln, die zur Schaffung von Frieden und Wohlstand seit über einem halben Jahrhundert auf den Weg gesetzt wurde, ist das eine; Europa als eine Vielfalt unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungsstände, nationaler Traditionen und mentaler Prägungen ist das andere. Es wäre gut, wenn die Adventserzählung einer wachsenden europäischen Integration durch die Aufmerksamkeit für die Wechselwirkungen nationaler und kultureller Vielfalt von Westen und vormaligem Osten ergänzt würde. Sie machen sich um so stärker bemerkbar, je mehr die Vereinheitlichung der Europäischen Union als einziger Maßstab gesehen wird.



KONFLIKTE HABEN IMMER MIT
FINANZIELLEN INTERESSEN ZU TUN.

Leonard Jamfa

3.2 Kriegsökonomie: Rohstoffe und Kriege in Afrika

Clémentine Nkongolo

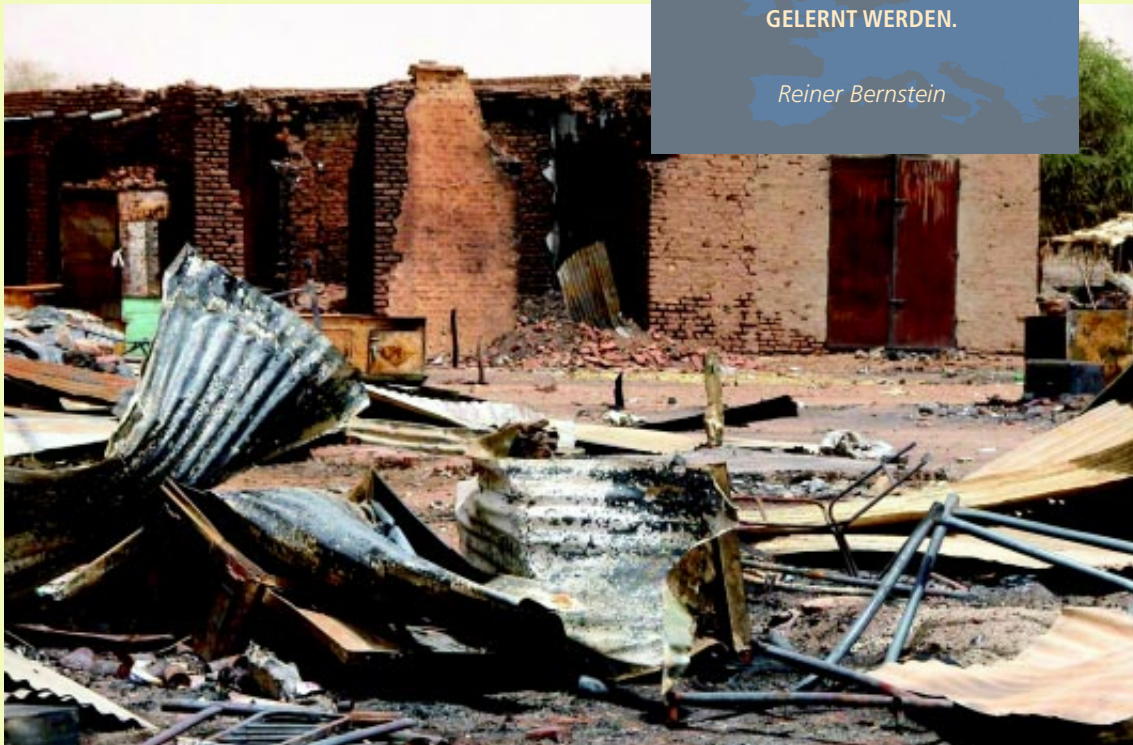
Seit dem Ende des Kalten Kriegs sind in vielen Ländern Afrikas so genannte „neuen Kriege“ ausgebrochen. Wirklich „neu“ sind diese Kriege allerdings eigentlich nicht, denn die gewaltgesteuerten Ökonomien, auch „Kriegsökonomien“ genannt, haben ihren Ursprung in sozial-historischen Entwicklungen, die die afrikanischen Staaten durchlaufen haben.

Kampf um Rohstoffe und Macht

In den 1990er Jahren finanzierten sich zahlreiche bewaffnete Gruppen in Afrika aus Rohstoffen wie Diamanten, Öl, Gold, Coltan, Kobalt, Kupfer und Holz. Die Gewinne aus Rohstoffexporten finanzieren nicht nur Konflikte, die ohnehin schon bestehen, sondern sie motivieren Gruppierungen dazu, sich zu bewaffnen, und schaffen dabei neue Machtstrategien, die auf die Kommerzialisierung von bewaffneten Konflikten gerichtet sind. Es geht darum, die Kontrolle über Territorien mit Rohstoffen und über Handelsnetzwerke zu erringen. Auf brutale Weise werden Naturressourcen ausgebeutet und ein System der Pfründe aufgebaut.

GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH
NICHT, ABER ES KANN AUS IHR
GELERNT WERDEN.

Reiner Bernstein



GERADE DIE VERSTÄRKUNG
WIRTSCHAFTLICHER INTERDEPENDENZ
SCHAFFT FRIEDENSSICHERNDE
STRUKTUREN, WEIL SIE DIE INTERESSEN
VERZAHNT UND GLEICHZEITIG ZU
MENSCHLICHEN KONTAKTEN FÜHRT.
DAS GENÜGT ABER NICHT. NOTWENDIG
IST DIE BEGEGNUNG DER MENSCHEN
ALLER SCHICHTEN.

*Memorandum des Bensberger Kreises zur
deutsch-polnischen Versöhnung, 1968*

Die Gründe des Ausbruchs offener bewaffneter Konflikte im Süden im Allgemeinen und speziell in Afrika sind vielschichtig. Die Staaten in bewaffneten Konflikten haben meistens zweierlei gemeinsam: wirtschaftliche Abhängigkeit von bestimmten Naturressourcen und freien Zugang zum internationalen Markt. Die starke ausländische Hilfe für viele Regierungen und Rebellengruppen – besonders seit dem Ende des Kalten Krieges – trägt dazu bei, dass die Krieg führenden Parteien von der Mobilisierung privater Einkommensquellen für die Unterstützung ihrer militärischen und politischen Aktivitäten abhängen. Diese Strategie wird als neue politische Ökonomie des Kriegs beschrieben.

Gerade das Vorhandensein von Ressourcen in einem Land steigert also das Risiko kriegesischer Konflikte um die Kontrolle dieser Ressourcen – umso mehr, wenn die politischen Institutionen zu schwach sind, um Konflikte allein friedlich zu lösen. Im Gegensatz zu der gängigen Meinung, dass die Rohstoffvielfalt das Wirtschaftswachstum fördert und somit für politische Stabilität sorgt, beweisen fast alle empirischen

Untersuchungen, dass die wirtschaftlich von außen abhängigen und politisch schwachen Länder ein höheres Risiko zu politischer Instabilität und bewaffneten Konflikten in sich tragen.

DIE STAHLPRODUKTION WURDE IN EUROPA ZUR FRIEDENSPRODUKTION.

Jost Dülffer

Bewaffnete Konflikte entstehen durch eine Kombination von endogenen und exogenen Faktoren: Einerseits bekämpfen sich die unreifen, zerrissenen, sich selbst zerstörenden und meistens ohne sozialpolitische Wirtschaftsdeologie korrupten afrikanischen Eliten gegenseitig, andererseits nutzen die rational und technologisch überlegenen politisch-wirtschaftlichen Klassen im Westen die Schwächen des Südens aus, plündern die Naturressourcen des Südens und verursachen soziale Krisen, die meistens in bewaffnete Konflikte ausarten. Die verbleibenden staatlichen Institutionen in den afrikanischen Staaten dienen nur den korrupten Eliten.

Was ist überhaupt eine Kriegsökonomie?

Die Länder, um die es hier geht, befinden sich in einem Schwebestand zwischen Krieg und Frieden. Es gibt zwar eine Regierung, gleichzeitig aber wird weiter gekämpft und die ganze Situation ist so instabil, dass diese Länder und ihre Nachbargebiete auf internationaler Ebene als „No-go- areas“ aufgefasst werden.

Der Prozess, der zu diesem Zustand führt, verläuft immer ähnlich. Ein schwach institutionalisier-

ter Staat wird durch eine gewaltsame Rebellion herausgefordert und löst sich im Verlauf des Kriegs fast vollständig auf. Staatlichen Institutionen werden allmählich funktionsuntüchtig sind; die Legitimation des Herrschers kommt meistens von außen, und demokratische Kontrolle fehlt. Eine Kriegsökonomie ist somit ein sozialer Raum, in dem Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verlaufen: Physische Gewalt wird eingesetzt, um die Güter (Rohstoffe) zu kontrollieren, ihren Verkauf abzusichern und um Ressourcen für weitere Gewalt zu gewinnen.

Während das traditionelle Bild einer Kriegswirtschaft mit einer intensiven Nutzung aller Ressourcen bis hin zum Einsatz von Zwangs- oder Sklavenarbeit und häufig außerordentlichen Produktivitätssteige-

rungen verbunden ist, sind die meisten Kriegswirtschaften der Gegenwart durch einen dramatischen Rückgang des Bruttosozialprodukts gekennzeichnet. Dies schließt freilich nicht aus, dass die isolierte Exportproduktion ausgebaut wird, der Gewinn aber durch schattenwirtschaftliche Kanäle abfließt, um die Kriegskassen zu füllen.

Um die Strukturen der Kriegsökonomie einzudämmen, sollte man auf internationaler Ebene Warenströme, internationale Dienstleistungen und Vertragsschließungen zwischen kriegesischen Parteien und internationalen Partnern und Konzernen unter strikte Kontrollen stellen.

Afrikanische Menschen leben in ständiger rechtlicher und physischer Unsicherheit. Das staatliche Monopol legitimer Gewalt schützt sie nicht, ihre Lebenssphäre liegt außerhalb des verlässlichen Handlungsfeldes der staatlichen Sicherheitsorgane. Etwas wie „Stahlproduktion als Friedensproduktion“ nach dem Vorbild der Montanunion ist in Zentralafrika zur Zeit schwer vorstellbar – die Gräben sind zu tief. Dies, obwohl es eine Handelsunion im Gebiet der Großen Seen schon einmal gegeben hat – der Gedanke, dass Ressourcen einmal dem Frieden und nicht dem Krieg dienen könnten, ist uns Kongolesen also nicht fremd.



**AFRIKANER SIND NICHT ALLEIN IM
KONFLIKT. SIE KÄMPFEN MIT
WAFFEN AUS DEM WESTEN.**

Gaétan Sebudandi

4

Die Rolle der Medien

4.1 Hassmedien und Friedensmedien

Iseewanga Indongo-Imbanda

Die Antwort auf die ‚Hassmedien‘ sind die ‚Friedensmedien‘, die sich in vielen Ländern weltweit für eine neutrale, tolerante und versöhnliche Berichterstattung einsetzen

Es ist schon lange bekannt, dass die Medien konfliktverschärfend agitieren oder zur Verhinderung oder Entschärfung von Konflikten eingesetzt werden können. Die folgenden vier Beispiele sollen die Bedeutung der Medien für den Ausbruch oder die Beendigung von Konflikten darlegen.

1. Das erste Beispiel bezieht sich auf Deutschland zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, als Propaganda-Minister Joseph Goebbels mit der Instrumentalisierung des Radios beginnt. Als Illustration mag hier seine Rede im Sportpalast in Berlin über den „totalen Krieg“ genannt werden. Eine Rede, die mit Hilfe von preiswerten Volksempfängern – auch Goebbels-Schnauze genannt, die fast jeder Deutsche kaufen konnte – millionenfach in deutsche Haushalte übertragen wurde und zum Zusammenhalt der Kriegsfront beitrug. Das Verbot, unter Androhung der Todesstrafe, so genannte Feindsender abzu hören, zeigt wiederum, wie sehr



**IN AFRIKA GLAUBEN DIE LEUTE, WAS
SIE HÖREN UND LESEN. DESHALB
HABEN RADIOS UND ZEITUNGEN
AUCH SO EINEN GROSSEN EINFLUSS.**

Jonas Koudissa

die Nazis es darauf anlegten, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und jegliche Informationen aus alliierten Quellen zu unterdrücken.

2. Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Wirkung der Medien im Genozid von Ruanda 1994. Zu nennen sind hier die Zeitung ‚Kangura‘ und das ‚Radio Mille Collines‘, die eine gezielte Hasspropaganda gegen Tutsi und gegen gemäßigte Hutu entfalteten, mit der Folge, dass zwischen 800.000 und 1.000.000 Menschen bestialisch umgebracht wurden.

Der Sender *Radio-Télévision Libre des Mille Collines* (RTLM), vom Sohn des damaligen ruandischen Präsidenten Habyarimana 1993 gegründet und von der Familie der Präsidentengattin finanziert, hat bei dem Völkermord und seiner Vorbereitung in Ruanda 1994 eine wesentliche Rolle gespielt.

In einem Interview mit „Reporter ohne Grenzen“ im Dezember 1994 beschreibt der Journalist Sixbert Musangamfura – der selbst auf der Todesliste gestanden hatte – den „Erfolg“ dieses Radios (www.reporter-ohne-grenzen.de/archiv/rb/rbo3/rbo3ruanda2.html).

RTLM wurde innerhalb kurzer Zeit ungeheuer populär, weil es Musik und lockere, magazinartige Sendungen brachte. Eingestreut waren Lieder mit Hasstexten, Mordaufrufe gegen politisch missliebige

Personen und dann, nach Beginn des Massenmordes, Aufrufe zu und Berichte von den Massakern. Auch die Mordaufrufe waren im Stil einer Magazinsendung gehalten („Wie wir gerade hören, haben unsere Jungs xx in seiner Wohnung nicht angetroffen. Ja wo mag er denn sein? Durchsucht mal das Stadtviertel!“ oder: „Ihr wart mutig, Jungs! Ich habe die Arbeit gesehen, die ihr getan habt, ihr habt der ganzen Jugend als Vorbild gedient. Diese Leute mussten getötet werden, und ihr habt sie getötet.“)

Der wohl bekannteste Verfasser der Hasslieder, Simon Bikindi, erwartet (Stand Mai 2004) seinen Prozess. Etliche Finanziers des Senders sind noch auf freiem Fuß im Exil.



Hass-Radios

Achim Vogt

Bei der Analyse, welche Faktoren zu ethnischen Säuberungen oder Genoziden beitragen, sind spätestens seit dem Völkermord in Ruanda im Frühjahr 1994 die sogenannten „Hass-Radios“ in der öffentlichen Diskussion. Zwar gibt es „Hass-Radios“ neben der Region der großen Seen auch in Osteuropa, auf dem Balkan und vor allem in den USA, doch nirgendwo haben sie eine solch verheerende Rolle gespielt wie in Ruanda.

Dort hetzte Radio Télévision Libre de Mille Collines (RTL) bereits seit Juli 1993 die Hutus gegen die Tutsis auf und verstärkte die Hasspropaganda noch einmal ab Januar 1994. Wie in solchen Fällen üblich, mischten die Mille Collines-Macher

ihre Tiraden mit populärer Musik, was zu einer überdurchschnittlichen Hörerakzeptanz selbst unter Tutsis führte. Die Aufstachelung zum ethnischen Hass setzte sich noch bis Juli 1994 fort.

Radio Mille Collines profitierte womöglich von einer direkten Unterstützung des staatlichen Rundfunksenders, der seinerseits nicht durch Propaganda ins Gerede kommen wollte und einschlägige Vereinbarungen wie die Deklaration von Daressalam aus dem Jahr 1993 gegen „harmful radio propaganda“ unterzeichnet hatte.

Drei der Hauptverantwortlichen des Senders mussten sich als Angeklagte ab 1996 vor dem International Criminal Tribunal for Rwanda in Arusha verantworten. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde der Direktor von Radio Mille Collines, Ferdinand Nahimana, am 3. Dezember 2003 zu lebenslanger Haft verur-

3. Nach Beendigung der vietnamesischen Invasion in Kambodscha wurde eine UN-Übergangsverwaltung, UNTAC, gebildet, deren Ziel darin bestand, die Wahlen für 1993 vorzubereiten. Dabei spielte das ‚UNTAC-Radio‘ als Informationsabteilung der Übergangsverwaltung eine große Rolle. Der Sender berichtete kompetent und überzeugend und wirkte am Aufbau einer Zivilgesellschaft mit. Das gelang umso besser, als das von den Roten Khmer betriebene ‚Voice of Democratie Campuchea‘ horrende Lügen aufstichtete, die jeweils sofort von UNTAC-Radio aufgegriffen und widerlegt wurden. Die Nachrichtensendungen wurden durch populäre Musik unterbrochen, die so beliebt wurde, dass sie auf Musik-Cassetten bis in entlegene Dörfer vertrieben wurde. Die Wahlbeteiligung

erreichte auf diese Weise 90%, die Roten Khmer wurden abgewählt. Durch anschließende Regierungsbildungsverhandlungen schaffte es der alte Regierungschef Hun Senh jedoch, an der Macht zu bleiben.

4. Nach der Unterzeichnung des Abkommens von Lusaka (Sambia, 1999) wurde ‚Radio Okapi‘ als Produkt der Partnerschaft zwischen der schweizerischen Nichtregierungsorganisation ‚Hirondelle‘ und der UNO ins Leben gerufen. Die Ziele von ‚Radio Okapi‘ sind:

- den Friedensprozess in der Demokratischen Republik Kongo zu begleiten;
- dem Sondergesandten des UNO-Generalsekretärs und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) und den





teilt, ein weiterer Mitarbeiter erhielt eine Haftstrafe von 35 Jahren.

Gerade in ethnisch komplexen Regionen zeigte sich der fatale Einfluss des Mediums Radio immer wieder, vor Ruanda bereits im ehemaligen Jugoslawien. Doch zeigt gerade das Beispiel der USA, wo Hate Radios gerne das mit höchster Priorität versehene Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, dass das Phänomen auch vor demokratischen Gesellschaften nicht Halt macht. Eine besonders bizarre Verbindung gab es Mitte der 90-er Jahre, als die Voice of Russia dem notorischen Nazi Ernst Zündel eine Mittelwellenfrequenz für seine Propaganda zur Verfügung stellte und dies erst nach Protesten deutscher und österreichischer Medien beendete.

vor Ort arbeitenden humanitären Organisationen ein Instrumentarium für eine neutrale, tolerante Informationsarbeit zu Verfügung zu stellen;

- dem kongolesischen Volk verantwortliche, deeskalierende, glaubhafte und vollständige Informationen zu geben und ihm zu helfen, sich seiner Rolle beim Wiederaufbau des Landes und bei der Festigung der Demokratie bewusst zu werden.

Radio Okapi wird auf dem gesamten Territorium der DR Kongo empfangen. Das 24-Stunden-Programm wird in fünf Sprachen ausgestrahlt.

4.2 Menschen und Medien

Konrad Weiß

Die Wirkungsmöglichkeiten von Medien in Konflikten sind begrenzt und eher gering. Denn Konflikt wie Versöhnung sind zuerst personale Prozesse, etwas, was sich zwischen Menschen vollzieht, nicht zwischen Institutionen.

Versöhnung setzt zunächst auch die Einsicht in die persönliche Schuld und Verantwortung voraus. Diesem ersten Schritt – der Reue und dem Schuldbekenntnis – muss die Bereitschaft zur Wiedergutmachung und zur Heilung folgen.



RADIO OKAPI IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO IST EIN POSITIVES BEISPIEL DAFÜR, WIE EIN UNABHÄNGIGES MEDIUM IN EINEM KRISENGEBIET ZU FRIEDEN UND SICHERHEIT BEITRAGEN KANN.

Iseewanga Indongo-Imbanda

Eine „verordnete Versöhnung“ kann es nicht geben. Beide Seiten – die Schuldiggewordenen und die Verletzten, die Opfer und die Täter – müssen den Willen zur Aussöhnung haben. Und nicht die Täter haben einen Anspruch auf Versöhnung oder können

Versöhnung fordern. Es sind die Opfer, die Versöhnung gewähren und Aussöhnung schenken können.

Die Aussöhnung nach dem 2. Weltkrieg zwischen den Deutschen und den ehemaligen Feindländern ist in vielfacher Hinsicht – auch mit allen Rückschlägen – beispielhaft für einen solchen Versöhnungsprozess. Am Anfang stand die Erkenntnis der eigenen Schuld, die Einsicht, dass man durch Handeln oder Unterlassen schuldig geworden war, wie es etwa das Stuttgarter Schuldbekenntnis des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Oktober 1945 ausdrückt:

Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

**DAS STUTTGARTER BEKENNTNIS
THEMATISIERTE DIE ABGRÜNDIGKEIT VON
AUSCHWITZ NOCH NICHT, SO WICHTIG ES FÜR
DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND
WAR. MAN WAR WOHL NOCH ZU NAHE DRAN.**

Edzard Rohland

In einer nächsten Phase versuchte man, dieses Bewusstsein der eigenen Schuld wieder zu verdrängen. Man empörte sich über die „Siegerjustiz“, darüber, dass sich die Alliierten „anmaßen“, Recht über Deutsche zu sprechen und Deutsche zu verurteilen. Die Verbrechen der anderen dienten der eigenen Exkulpation. Viele distanzierten sich in dieser Phase sogar wieder vom Bekenntnis der Schuld, das man un-

mittelbar nach dem Krieg bereitwillig ausgesprochen hatte. Es folgte eine Phase der Verdrängung. Man stürzte sich – im Westen wie im Osten – mit aller Kraft in den Wiederaufbau und in den Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Über die Zeit des Nationalsozialismus und die Verbrechen im Krieg wurde weitgehend geschwiegen. In Ostdeutschland ging diese Verdrängung sogar so weit, dass man sich auf die Seite der Sieger schlug: Nicht mehr die Deutschen waren schuldig geworden, sondern ein imaginäres „Volk der Faschisten“, mit denen man selbst nichts zu tun hatte. Der Görlitzer Vertrag von 1950 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen war ein solcher Versuch einer staatlich verordneten Versöhnung, ohne Einbeziehung und

**DIE BERICHTERSTATTUNG IN EUROPA
ÜBER AFRIKA IST SEHR EINSEITIG,
SIE BESCHRÄNKT SICH MEISTENS NUR
AUF KRIEGE UND KATASTROPHEN.
ÜBER POSITIVE BEISPIELE ODER
ENTWICKLUNGEN WIRD
GRÖSSTENTEILS NICHT BERICHTET.**

Achille Mutombo

Berücksichtigung der Befindlichkeit der beiden Völker. Dieser Versuch musste scheitern.

Erst Aktion Sühnezeichen, 1958 von Lothar Kreysig als Reaktion auf die Schuldunfähigkeit, die Verstocktheit der Deutschen gegründet, ging einen anderen Weg und öffnete den Weg zum Dialog, zur Auseinandersetzung mit dem Leid der anderen und der eigenen Geschichte.



Rolle der Medien

Wenn Konflikte und Konfliktbewältigung also so entscheidend und wesentlich personale Prozesse sind, welche Rolle kommt dann den Medien überhaupt zu? Für die Medien gilt auch hierbei – wie generell –, dass sie nichts auslösen können, was nicht schon vorhanden wäre.

Aber sie können sicher vorhandene Konflikte einerseits oder die Bereitschaft zur Versöhnung andererseits verstärken. Doch inwieweit etwa der ständige Konsum von gewaltverherrlichenden Filmen oder Videos nicht nur zur Abstumpfung und Brutalisierung beiträgt, sondern tatsächlich zum Auslöser von Gewalt werden kann, ist wissenschaftlich bislang nicht nachgewiesen und in der Forschung umstritten. Es gibt, vereinfachend gesagt, zwei Denkschulen: Die eine geht davon aus, dass Medien Haltungen und Verhalten unmittelbar beeinflussen, folglich auch Gewalt auslösen können. Die andere vertritt die Auffassung, dass durch die mediale Darstellung von Gewalt Aggressionen abgebaut werden und Medien somit dazu beitragen können, Gewalt zu verhindern. Den Medien wird allzu leichtfertig unterstellt, Verursacher von Konflikten zu sein. Gerade dadurch wird die Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Ursachen, auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld, vermieden.

Medien können allenfalls Konflikte schüren, die latent vorhanden sind, oder für die eine gesellschaftliche Disposition vorliegt. Oder sie liefern jene Informationen und Meinungen, die solche Konflikte dann auslösen. Aber noch einmal: Sie verursachen sie nicht.

Gelegentlich kann sicher auch die Rezeption eines einzelnen Kunstwerkes zu einer tiefgreifenden



**IN AFRIKA HERRSCHT EIN MEDIALER
ANALPHABETISMUS. DIE MENSCHEN
KÖNNEN NICHT MIT DEN MEDIEN
UMGEHEN.**

Jonas Koudissa